

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlags- und Druckerei-  
Gesellschaft

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und der  
Räte der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und der Hauptzollamts Riesa

Verlags- und Druckerei-  
Gesellschaft

Nr. 268.

Sonnabend, 17. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 17. 11. bis 23. 11. 630 Millionen M. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Wiedererhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Melamgele 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Canger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gochstraße 28. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Poincarés große Rede gegen Deutschland.

Stilllegung der Notenpresse. — Nächste Woche Ausgabe der Rentenmark auch an Private. — Der Berliner Buchdruckerstreik beendet.

Blutige Zusammenstöße im Ruhrgebiet. — Verdoppelung der Postgebühren.

### Interpellationsdebatte in der französischen Kammer

Paris. Die französische Kammer eröffnete gestern nachmittags die große Interpellationsdebatte. An erster Stelle interpellierte Guillaumon über die Scherereien, denen angeblich französische Passagiere in Deutschland ausgesetzt gewesen seien. Er befragte anschließend die Reichsregierung von Flugzeugen und behauptet, der Vertrag von Versailles ermächtige Frankreich, durch seine Apparate deutsches Gebiet überfliegen zu lassen.

Nach dieser Rede ergreift sofort Poincaré das Wort. Er erklärt, er habe gestern die Absicht gehabt, heute nicht zu sprechen, er glaube aber, dem Parlament ein Exposé der Politik Frankreichs schuldig zu sein angesichts der Auskünfte, die gestern hierüber in einem ältesten Parlamente gegeben worden seien. Seine Mitteilungen würden sich über mehrere Jahre erstrecken, um zu beweisen, daß Frankreich fortgesetzt Jugendschiffe machte (!) und zu keiner Stunde die Absicht befand, die man ihm zuschreibe. (!)

Poincaré beantwortete hierauf kurz die Interpellation des Vordrängers und spricht von der deutschen Annahme (!), bezüglich seiner Passagierfrage volle Freiheit haben zu wollen. Die Passagierfrage beschäftige sich mit der deutschen Reise, aber er müsse feststellen, daß sie durch den britischen Passagier nicht unterstützt würde. Die Frage liege etwas weniger klar, als der Vordränger annehme, aber das hindere nicht auch weiterhin anzunehmen, daß Frankreich hier das Recht habe. Die Verhandlungen würden fortgesetzt. Er hoffe, daß man den französischen Standpunkt schließlich anerkennen werde.

Poincaré geht alsdann auf eine Kennzeichnung der allgemeinen äußeren Politik Frankreichs über. Er befragt alle Entscheidungen, die seit San Remo in der Reparationsfrage getroffen wurden, und erörtert an die Befehle von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf und an die Umstände, unter denen der letzte Zahlungsplan aufgestellt wurde. Mit besonderer Sorgfalt habe die Reparationskommission die Höhe der deutschen Schuld bemessen. 23 arbeitsreiche Sitzungen habe man darauf verwendet, 22 Sachverständigenanhörungen habe man angeordnet. Der Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 sei das direkte Werk der Alliierten, namentlich aber der britischen Regierung gewesen. Die Alliierten mühten also an der Erfüllung der von ihnen erleichterten deutschen Verpflichtungen. Damals hätten die alliierten Regierungen an Deutschland ein Ultimatum gerichtet. Um der Vermeidung des Bankrotts von Essen, die als Sanktion vorgegeben war, zu entgehen, habe die deutsche Regierung den Zahlungsplan angenommen. Deutschland habe aber sehr bald ein Moratorium verlangt.

Poincaré schildert dann in der bekannten Weise die Verkünder der deutschen Verzögerungen, erinnert an die Konferenz von Gannes und London und an den deutschen Vorschlag, eine Konferenz einzuberufen, in der die internationalen Finanzmänner die Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen sollten. Das sei die deutsche Politik bis Ende des Jahres 1922 gewesen. Damals habe Deutschland seine Mark sinken lassen, indem man eine deutsche Verzögerung feststellen wollte. Frankreichs Gegner wollten die augenblicklichen Ergebnisse der Verhandlung mit dem vergleichen, was man erlangt hätte, wenn Deutschland gezahlt hätte. Sie vergaßen aber, daß vor der französischen Pfandnahme Deutschland Frankreich mitgeteilt habe, daß es zwei Jahre hindurch nicht bezahlen könne.

Der sozialistische Abg. Leon Blum fragte: Sind Ihnen andere Angebote zugegangen? — Poincaré erwiderte: Frankreich ist kein anderes Angebot gemacht worden. — Blum wird, weil er die deutschen Angebote vom Mai und Juni in die Debatte geworfen hatte, vom reaktionären Abg. Mangin beleidigt, indem ein heftiger Lärm entsteht.

Nach Wiederherstellung der Ruhe befragt Poincaré die Entscheidungen der Reparationskommission hinsichtlich der deutschen Verzögerungen vor der Besetzung des Ruhrgebietes. Diese Aktion habe das französische Parlament als loyal betrachtet. Bonar Law habe gesagt, durch die Besetzung der Ruhr lege man die Hand an die Schlagader Deutschlands. Tatsächlich bedeute die Ruhr das Zentrum der industriellen und militärischen Pläne Deutschlands. Frankreich hätte eine Operation ins Auge fassen können, die Deutschland in zwei Teile geteilt hätte. Es habe getan, was es habe tun müssen, um seine Rechte als Gläubiger sicherzustellen. Frankreich habe den Schritt ohne Hintergedanken unternommen. (!)

Poincaré kam sodann auf den deutschen passiven Widerstand und Frankreichs Haltung demgegenüber zu sprechen und berichtet anschließend über die Bedingungen, unter denen die Abschlässe über die Kohlenlieferungen auf Reparationskonto mit den Industriellen getroffen wurden. Er bemerkte, auch die anderen Industriellen würden gezwungen sein, ähnliche Verträge abzuschließen. Die französischen Unterhändler hätten nicht eingewilligt, daß die Kosten dieser Abmachungen von den Arbeitern getragen und daß der Kohlendienst verlegt wurde. Die Ausgaben beliefen sich auf 601 Millionen, während die Einnahmen 528 Millionen betragen.

Die Sozialisten und Kommunisten rufen hier dazwischen: Also hundert Millionen Defizit! Poincaré erwiderte: Aber ich spreche ja nicht von den Beschlagnahmungen, von den Zolleinnahmen und der Kohlensteuer in der Bergbaugewalt, die ungefähr 500 Millionen

ausmachen. Hinsichtlich der Sachverständigenkonferenz sagte Poincaré, der Augenblick sei schlecht gewählt, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands in einem Jahre abzuschätzen, denn in diesem Augenblick sei sie sehr gering. Eine detaillierte Abschätzung in einem ungünstigen Augenblick hätte zu einer Revision des Friedensvertrages und zur Verabminderung der Schulden führen können. Wie hätte Frankreich das anerkennen können? Eine Zurückforderung der Vorkasse der Alliierten könne nicht vor Wiederherstellung der Kriegsschäden erfolgen. Trotz des Bedauerns, mit Amerika nicht zusammenarbeiten zu können, bleibe man dabei, die Abschätzung durch die Reparationskommission vornehmen zu lassen, denn sie sei befugt, die notwendigen Reformen für Deutschland zu bezeichnen und ein Gesamtprogramm aufzustellen.

Inzwischen werde man fortfahren, die Pfänder immer intensiver auszubilden.

Am Schluß sprach Poincaré die Hoffnung aus, daß die Freundschaft mit den Alliierten noch zu einer Verständigung über die Reparationsfrage und über die Sicherheitsfrage führen werde.

Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung interpellierte der Oberst Girod über die Beschlagnahme französischer Flugzeuge in Deutschland. Nach ihm begründete der Passagier Mark Saganin seine Interpellation über die freundschaftliche Bewegung eines Teiles des deutschen Volkes. Er sagte, dem Passagierkongresse in Freiburg, an dem 125 französische Delegierte teilgenommen hätten, hätten auch 7000 junge Deutsche beigewohnt. Die französischen Delegierten seien mit Wärme empfangen worden. Mark Saganin wurde wiederholt von dem Abg. Daudet und seinen Genossen unterbrochen, die die Ehrlichkeit der deutschen Passagiere anzweifeln.

Die Fortsetzung der Debatte wurde sodann auf den Freitag der nächsten Woche vertagt.

### Die Notenpresse stillgelegt.

Ausgabe der Rentenmark auch an Private.

Die Notenpresse ist jetzt stillgelegt worden. Reichsbankwechsel werden von der Reichsbank von heute ab nicht mehr distinktiert. Papiergeld darf nur noch auf der Grundlage von Handelswechseln ausgeben werden. Damit ist die wesentliche Quelle der Papiergeldinflation verstopft.

Die Reichsregierung hat von ihrem Darlehen in Höhe von 300 Millionen Rentenmark bei der Rentenbank bereits 50 Millionen abgehoben, um die Reichsbank in den Stand zu setzen, bereits in der nächsten Woche mit der Einziehung von Papiermark zu beginnen. Die Rentenmark ist bisher nur an Behörden abgegeben worden. Mit Beginn der nächsten Woche wird vornehmlich auch die Ausgabe von Rentenmark an Private vor sich gehen können. Um die Rentenmark nach Möglichkeit vor Entwertung zu schützen, will man sie möglichst vor internationalen Märkten fernhalten. Der Außenhandel wird also vorläufig weiterhin nur mit Devisen arbeiten müssen. Sobald wie möglich soll die Reichsbank vollgedeckte Goldnoten herausgeben, die im internationalen Warenverkehr tauschfähig sind.

Wie der "Vorwärts" meldet, haben gestern zwischen Vertretern der Rentenbank und der Industrie Verhandlungen stattgefunden, bei denen vor allem die Frage der Gewährung von Rentenmarkkrediten an die Industrie erörtert wurde. Zum Abschluß sind die Verhandlungen noch nicht gekommen. Dem Blatte zufolge steht jedoch jetzt schon fest, daß die Rentenmarkkredite an die Industrie auf wertbeständiger Grundlage gewährt werden sollen. Wie das Blatt weiter mitteilt, wird die Reichsbank die 50 Millionen Rentenmark, die ihr von der Reichsregierung zur Einlösung von Schatzanweisungen überwiesen worden sind, sofort durch Umtausch in Papiermarknoten in den Verkehr bringen, und zwar soll vor allem ausschließlich der Lebensmittelhandel berücksichtigt werden.

Der Berliner Buchdruckerstreik beendet.

In den Betrieben des Berliner Buchdruckgewerbes ist gestern die Arbeit überall wieder aufgenommen worden. Die Abendsetzungen sind wieder vollständig erschienen.

### Blutige Bergarbeiterdemonstrationen in Essen.

In Essen ist es gestern zu Unruhen gekommen. Infolge der von dem Rechenverbande ausgesprochenen Kündigung fanden in der Umgegend von Essen gestern morgen große Bergarbeiterdemonstrationen statt. So in Weßlinghausen und auf den Schächten der Beche Hölzerein in Ratenberg. Von kommunistischer Seite war durch Plakate zu großen Demonstrationen aufgefordert worden, die gestern nachmittags 3 Uhr im Zentrum der Stadt Essen auf dem Volkspolizeistadion stattfanden. Wegen 3 Uhr kamen aus den Vororten große Menschenmengen, die in die Stadt einbringen wollten. Die Demonstranten wurden in der Nähe des Rindbeckersplatzes von der Polizei aufgefordert, die Züge aufzulösen. Als diesem Verlangen nicht entsprochen wurde und auch die Demonstranten den Versuch machten, weiter vorzudringen, war die Polizei genötigt, von der Waffe

Gebrauch zu machen. Von selten der Demonstranten wurde auf die Polizeibeamten gefeuert. Auch Sandaratanen wurden gegen die Beamten geworfen. Vor den Kruppischen Konsumanstalten wurden Varrifaden errichtet, von wo aus die Mannschaften der blauen Polizei beschossen wurden. Zu gleicher Zeit kam es an verschiedenen Punkten der Stadt zu Unruhen. Es gelang, diese Unruhen aufzulösen. Während der Unruhen wurde von den Saboteuren die Gelegenheit benutzt, um an verschiedenen Stellen Plakate mit der Proklamation der Rheinischen Republik anzukleben. Auch in dem Stadtteil Segerath kam es zu Ausschreitungen. Hier wurden der Güterbahnhof und der in der Nähe liegende Bahnhof Essen-Nord geplündert. Im weiteren Verlaufe der Unruhen zogen starke französische Truppenabteilungen durch die Straßen. Von der Polizei wurde eine ganze Anzahl von Verhaftungen vorgenommen. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind auf Seiten der Polizei ein Toter und drei Verwundete zu beklagen. Auf Seiten der Demonstranten gab es bis jetzt zwei Tote und etwa dreißig Verwundete, darunter eine große Anzahl Schwerverletzte.

### Feuergefecht zwischen Blünderern und Polizei in Düsseldorf.

Düsseldorf. Die Blünderungen am Donnerstag dauerten bis in die späte Nacht und erstreckten sich ziemlich gleichmäßig auf alle Stadtteile. In besonders starkem Ausmaß verliefen die Unruhen in Oberbilk. So oft die Polizei dort den Versuch machte, einzufahren, wurde sie lebhaft beschossen, so daß sich regelrechte Feuergefechte entwickelten. Ob die Blünderer Verluste hatten, konnte noch nicht festgestellt werden. An verschiedenen Stellen gelang es der Polizei, die Blünderer festzunehmen.

Düsseldorf. (Mitteilung der Stadtverwaltung.) Von abends 9 Uhr bis morgens 5 Uhr ist neuerdings eine Verzehrhäuser über Düsseldorf verhängt worden.

### Schweres Eisenbahnunglück bei Münster.

10 Tote — viele Verletzte.

Stuttgart. Die Reichsbahninspektion Stuttgart teilt mit: Am 15. November, nachmittags 5 1/2 Uhr ist eine Lokomotive ohne Beachtung des auf halt stehenden Ausfahrsignals auf dem Rangierbahnhof Unterrickheim gegen Normenheim auf dem falschen Gleise ausgefahren und bei Münster am Neckar auf einen entgegenkommenden Lokzug aufgefahren. 10 Personen wurden getötet und etwa 20 verletzt, zum Teil schwer. Die Toten und Verletzten wurden nach dem Bezirkskrankenhaus in Camnitz gebracht. Die Leichen, Ärzte und Sanitätskolonnen begaben sich alsbald zur Unfallstelle. Beide Gleise sind gesperrt. Ein Gleis wurde nach 5 Stunden wieder frei, während das andere heute befahrbar sein wird. Beide Lokomotiven sind stark beschädigt. Der Schutzwagen und ein Personenwagen des Lokzuges sind ebenfalls beschädigt, zum Teil verbrannt.

### Die Reichsanwaltschaft zum Hitler-Bußsch.

Wie aus Leipzig gemeldet wird, beschäftigt sich die Reichsanwaltschaft mit dem Ludendorff-Hitler-Bußsch. Der Staatsgerichtshof werde seine Zuständigkeit mit allem Nachdruck geltend machen und zwar aufgrund des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juni 1922, dessen § 13 einen Hochverrat als zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes gehörig erklärt.

### An die Leser.

Die unteren Lesern bekannten Vorgänge auf dem Bährungsgebiet wirkten sich an den Zeitungen, die sich trotz alledem für eine ganze Woche im voraus auf einen Bezugspreis festlegen müssen, umso schmerzlicher, als anderwärts aus. Die Bezugspreise sind trotz der enormen Opfer der Zeitungen auch diesmal wieder so niedrig wie möglich gehalten.

Verlag des Rieser Tageblattes.

Der Bezugspreis für das "Rieser Tageblatt" beträgt für die Woche vom 17. bis einschließlich 23. November 1923 630 Millionen Mark einschließlich Bringerlohn.

Die Besteller, die heute (1. Tag der neuen Bezugswoche) die Zeitung entgegennehmen, befinden sich im Einverständnis mit der Weiterlieferung und sind zur Weiterzahlung verpflichtet, falls sie nicht die zugestellte Zeitung dem zum Kassieren des Bezugspreises später vorliegenden Zeitungsaboten zurückgeben.